

Bayern handelt – Berlin diskutiert

Krisenfestes Gesundheitswesen: Gesetz erst zum Jahresende

Bayern bereitet sich intensiv auf neue Bedrohungslagen vor. So hat Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) einen Expertenrat berufen, dem auch die KZVB angehört (siehe BZB 10/2026). Ganz anders sieht es auf Bundesebene aus. Das sogenannte Gesundheitssicherstellungsgesetz (GeSiG), das die Versorgung im Krisenfall regeln soll, lässt weiter auf sich warten.

Dabei ist sich die Politik des Ernstes der Lage durchaus bewusst. So warnte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) unlängst vor „Einwirkungen Russlands auf unsere Gesellschaft". Konkret sprach er von Sabotageakten, hybriden Angriffen auf Kommunikationssysteme und Bemühungen zu einer Destabilisierung Deutschlands. Diese Angriffe fänden jeden Tag statt. Ihre Bedeutung werde aber von vielen noch immer unterschätzt. Noch deutlicher wird der Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND) Martin Jäger. Russland führe einen Schattenkrieg gegen Deutschland und die EU. Dabei gehe es vor allem um Einschüchterung. Sinan Selen, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, geht einen Schritt weiter. „Wir werden jetzt angegriffen, nicht 2029", sagte er mit Blick auf einen möglichen Konflikt zwischen Russland und den NATO-Staaten.





Während die bayerische Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) die Resilienz des Gesundheitswesens zur Chefsache gemacht hat, arbeiten Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann (CDU) und sein Haus noch an einem Gesetzesentwurf.

Doch es braucht keinen Dritten Weltkrieg, um das deutsche Gesundheitswesen an seine Belastungsgrenzen zu bringen. Auch Naturkatastrophen, Blackouts oder eine Unterbrechung von Transportwegen könnten massive Auswirkungen auf die Patientenversorgung haben.

Um auf solche Szenarien besser vorbereitet zu sein, braucht es vor allem eines: eine bessere Koordination aller Akteure des Gesundheitswesens. Ein konkretes Beispiel dafür sind die Zivilschutz-Zahnärzte, die die KZVB für alle Landkreise in Bayern benannt hat. Sie würden im Katastrophenfall als regionale Ansprechpartner für die Behörden fungieren.

Doch zurück zum GeSiG: Bereits Mitte Februar erklärte die damalige Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz, dass für Krisen ein „belastbarer Rechtsrahmen notwendig" sei. Im Sommer sollte ein entsprechendes Gesetz vorliegen, das die Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen im Krisenfall regelt.

Mittlerweile heißt der Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann (CDU). Das GeSiG ist eine der offenen Baustellen, die ihm seine Vorgängerin hinterlassen hat. Zumindest macht er jetzt Druck. Bis Ende des Jahres soll ein Referentenentwurf für das GeSiG vorliegen. Und der wird sehnlich erwartet – vor allem von den Krankenhäusern. Der Verband der Universitätsklinika Deutschlands (VUD) und der Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung (BG Kliniken) sehen dringenden Handlungsbedarf, um die medizinische Krisenvorsorge auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen: „Aus den bestehenden Strukturen und Kooperationen muss ein belastbares Gesamtsystem werden, das auch unter extremen Bedingungen funktioniert", sagt Prof. Jens Scholz, Vorstandsvorsitzender des VUD. Reinhard Nieper, Geschäftsführer der BG Kliniken, ergänzt: „Wenn viele Verletzte gleichzeitig versorgt werden müssen, braucht es abgestimmte Kapazitäten, klare Zuständigkeiten und verbindliche Strukturen. Nur so können wir eine durchgängige Versorgung auch unter extremen Bedingungen sicherstellen."

Fazit: Während in Bayern gehandelt wird, wird in Berlin diskutiert.

Matthias Wallenfels

VIER LANDKREISE SIND NOCH ZU BESETZEN

Aktuell sucht die KZVB noch Zivilschutz-Zahnärzte für die Landkreise Altötting, Lindau, Memmingen und Rottal Inn. Interessenten können sich per E-Mail melden (presse@kzvb.de).